

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

21.7.1927 (No. 167)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Vernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontonr.
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einst. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen...
Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die badische Viehzucht

Die agrarische Produktionsstatistik soll feststellen, inwieweit die einheimische Landwirtschaft imstande ist, das Volk selbst zu ernähren. Dieferen unsere Bauern den gesamten Bedarf an Feldfrüchten und Vieh, dann machen sie die deutsche Volksernährung vom Ausland unabhängig...

Die beiden Zählungen von 1907 und 1925 ergeben folgende Bestände:

Table with 4 columns: Year (1907, 1925), Animal Type (Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen), and Change (+/-). Shows a general decline in most categories except horses.

Trotzdem sich Auto bzw. Motor nicht nur die Straße, sondern als Trecker und Pflug auch den Acker zu erobern sucht, hat sich der Pferdebestand sogar noch um eine Wenigkeit vermehrt. Das erklärt sich aus der starken Zunahme an Arbeitsmaschinen selbst in kleineren Landwirtschaften...

Bei der Rinderzucht ist leider ein schwerer Rückgang festzustellen, um nicht weniger als fast 55 000 Haupt. Von jeher war diese Zucht Domäne der kleinen und Mittelbauern. Allein 588 000 Rinder stehen in den Höfen bis zu 20 Hektar. Schon 1907 kamen durchschnittlich auf je 100 Hektar Fläche in den Kleinbäuerlichen Wirtschaften 118 Rinder, dagegen in den größeren Gütern mit über 100 Hektar nur 17...

Um ein wenig, 1500 Stück, hat der Schafbestand zugenommen, denn bei dem steigenden Verbrauch von ausländischer Wolle und Baumwolle kann diese Zucht nichts abwerfen. So erfreulich sich der Ziegenbestand (um 25 000 oder fast 20 Proz.) vermehrt hat, denn die Ziege ist die Kuh des kleinen Mannes, so fällt doch für die allgemeine Volksernährung die Zunahme dieser beiden Kleinviehstapel nicht wesentlich ins Gewicht...

Wir erschrecken, und finden alles erklärt, wenn wir aus der Einfuhrstatistik ersehen müssen, daß an Ölkuchen, Mehl und ähnlichen hochwertigen Futtermitteln im Jahr 1913 über 2,7 Mill. Tonnen, im Jahr 1925 aber noch nicht einmal 650 000 Tonnen, also kaum ein Viertel der Menge aus dem Ausland eingeführt wurde...

Unter demselben Unstern steht der Rückgang der Fühnerzucht, trotz aller theoretischen Belehrungen, um 219 000 Stück, von 2 225 000 auf 2 007 000. Früher konnte sich jeder bei der wohlfeilen Auslandsgerste ein paar Fühner halten; heute ist das unmöglich. Es will gewiß viel sagen, wenn ein so kleines Land wie Oldenburg mit seiner anerkannt erstklassigen Viehwirtschaft so gar eine Viertelmillion Fühner verloren hat...

Schaffen wir dem Landmann wieder billige Futtermittel, dann vermag er diese in Fütze in billiges Fleisch und Fett und Milch umzuwandeln. Wie schon ausgeführt, liegt in den kleineren, also an sich schon ärmlichen Wirtschaften der Schwerpunkt unserer Viehwirtschaft. Darum verlangt die Volksernährung weitestgehende Unterstützung der kleinen bäuerlichen Betriebe...

Die deutsche Antwort auf das zweite belgische Memorandum

Die deutsche Regierung hat ihre Widerlegung auf die belgische Kopie, die die Behauptungen des ersten belgischen Memorandums wiederholt, sehr kurz gefaßt. Die in Brüssel übergebene deutsche Antwort hat folgenden Wortlaut: Die deutsche Regierung beehrt sich, auf das Memorandum vom 19. Juni, in dem die Königlich belgische Regierung die Stellungnahme ihres Wehrministers zu den Feststellungen des deutschen Memorandums vom 18. Juni übermittelt hat, folgendes zu erwidern:

Der Königlich belgische Herr Wehrminister glaubt zwar seine früheren Behauptungen über die Entlassungen aus der Reichswehr aufrecht erhalten zu können, ist aber nicht in der Lage, den amtlichen deutschen Feststellungen, die die genauen Zahlen für die letzten Jahre anführen, irgendwelche konkreten Angaben oder Beweise entgegenzusetzen. Damit erübrigt sich für die deutsche Regierung ein weiteres sachliches Eingehen auf diesen Punkt. Was die Aufwendungen des deutschen Reichshaushalts für militärische Zwecke anlangt, so genügt es, zu wiederholen, daß die Aufwendungen durch den Verfall der Beträge nicht eingeschränkt werden, und daß Deutschland daher hierüber den Signatarmächten des Versailler Vertrages keine Rechenschaft schuldig ist...

Die deutsche Regierung muß hiernach die Verwahrung, die sie gegen das Vorgehen des Königlich belgischen Herrn Wehrministers eingelegt hat, in vollem Umfang aufrecht erhalten.

Die Begründung des Schulgesetzes. Wie das „Berl. Tageblatt“ wissen will, wird in der Schulabteilung des Reichsministeriums des Innern gegenwärtig an einer ausführlichen Begründung des Reichsschulgesetzes gearbeitet.

Soldene Brücken

Der „Neuen Bad. Landesztg.“ schreibt man aus Wien: Innerhalb der christlich-sozialen Partei macht sich jetzt das Bestreben geltend, durch eine maßvolle Haltung eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten im Nationalrat zu ermöglichen. Das Hauptorgan der christlich-sozialen Partei, die „Reichspost“, die bisher sich meistens zum Sprachrohr des rechten Parteiflügels hergab, veröffentlicht heute die Ausführungen einer maßgeblichen Persönlichkeit, wie man erfährt, eines einflussreichen christlich-sozialen Nationalrates.

Es wird hier erklärt, daß die Auseinandersetzungen über die Freisprechung der Schattendorfer Frontkämpfer jetzt auf den ordentlichen Weg der parlamentarischen Behandlung gebracht werden müsse. Nachdem nunmehr die Gefahr vorüber sei, daß die Regierung durch den Streit zum Rücktritt gezwungen werden könnte, müsse sich das Parlament ernsthaft mit der Frage der Zusammenfassung seiner Kräfte beschäftigen, um seine verloren gegangene Autorität wieder zu gewinnen. Von den traurigen Ereignissen der letzten Tage sei wenigstens das eine Gute zu erwarten, daß das Parlament jetzt arbeitsfähig und arbeitswillig werde...

Der Abbruch des Verlehrsstreiks wird zu Recht und zu Unrecht als eine Niederlage der sozialdemokratischen Partei bezeichnet. Zu Recht, weil sich der radikale Teil der Partei erst durch die sehr energischen Vorstellungen des in seinem Marxismus unverdächtigten Friedrich Adler überzeugen ließ, daß eine Fortdauer des Bahn- und Poststreiks innen- und außenpolitisch zu einer Katastrophe führen müßte. Die radikale Strömung hatte die Parteileitung dazu gebracht, Forderungen an die Regierung, darunter auch die des Rücktritts, zu stellen. Es mußte dem Eindruck der Niederlage machen, als plötzlich dann der Beschluß einer an seine Bindungen geknüpften Aufgabe des Verlehrsstreiks folgte. Betrachtet man aber die Sachlage genauer, dann muß gesagt werden, daß die Bezeichnung „Niederlage“ insofern unrichtig ist, als die Gemäßigten sich zur Ausrufung des Generalstreiks entschlossen hatten, weil die wilden Streiks aufgefangen werden mußten und weil die Gewerkschaften gänzlich die Führung verloren hatten, überumpelt von der kommunistischen Agitation und dem Mitgehen des sozialdemokratischen radikalen Flügel.

Klage politische Beurteiler auf bürgerlicher Seite haben denn auch angeraten — und dieser Rat ist von christlich-sozialer Seite befolgt worden —, kein Triumphgeschrei über eine Niederlage der Sozialdemokratie anzustimmen, weil dadurch nur die gemäßigten sozialdemokratischen Führer wieder geschwächt werden könnten und die radikalen Oberwasser gewinnen würden und so eine parlamentarische Zusammenarbeit zur notwendigen Beschwichtigung der Gemüter erschwert werden müßte. Die Opposition, die aus den Wahlen gestärkt hervorging, hat gewiß einen Denkzettel erhalten, der sie für längere Zeit bescheiden machen muß. Es liegt aber im Interesse der Befriedung Österreichs, daß man keine neue Erbitterung im sozialdemokratischen Lager erzeugt, sondern es ermöglicht, die in einem Teil der Arbeiterschaft noch fortbauende Erregung zu dämpfen. In dieser Hinsicht ist auf eine sehr maßvolle Kundgebung der Wiener Handelskammer zu verweisen, die nach Beratung mit führenden Persönlichkeiten des Gewerbes, der Kaufmannschaft, der Großindustrie und des Bauernverbandes erlassen wurde.

Wien in Trauer

Auch nach sehr vorzüglicher Beurteilung der Lage, konnte man am Mittwoch, an dem Tage, wo 60 Opfer der Unruhen zur letzten Ruhe bestattet wurden, feststellen, daß der Nervosität der letzten Tage in gewisse Verwägung gefolgt ist. Allerdings kam es vor der Leichenhalle des Wiener Allgemeinen Krankenhauses zu stürmischen Szenen. Die Angehörigen der Opfer brachen in laute Klagen aus. Die Erregung wuchs, so daß die Tore geschlossen und die Wache die Straße räumen mußte. Bei den Beisehungsfestlichkeiten sprach Stadtrat Speißer namens der Stadtverwaltung, Abg. Dr. Ellenbogen für die sozialdemokratische Partei und Dr. Adler. Dieser hob hervor, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands und ebenso das Reichsbanner Schwarz-rot-gold ihre Kränze gesandt haben. Auch für die Sozialisten Frankreichs, der Tschechoslowakei und anderer Länder, die überhaupt der sozialistischen Arbeiterinternationale angehören, spricht Dr. Adler der Stadt Wien das Mitgefühl aus.

Bei den Unruhen in Wien fanden vier Postbeamte den Tod, 58 wurden schwer, 183 leicht verletzt. Bei 202 ist der Umfang der Verletzungen noch nicht festgestellt. Die Zahl der Todesopfer beträgt insgesamt 99.

In Berlin ist die kommunistische Partei, während der Wiener Beisehungsfestlichkeiten die Arbeit 15 Minuten ruhen zu lassen, nirgends befolgt worden.

Der Vorstand des Reichsbauernbundes Österreich hat eine Entschließung gefaßt, in der die Frage Wien als ein internationales Problem bezeichnet und betont wird, daß im Falle neuer Gefahren die Regierung sicher sein kann, daß die österreichische Bauernschaft sich bereit hält, zusammen mit den Sicherheitsorganen des Staates die friedliche Arbeit und das Gut der Bürger zu schützen.

Politische Neuigkeiten

Förderung der landwirtschaftlichen Pflanzungs- Siedlung

Der Reichstag hat mit Zustimmung des Reichsrates ein Gesetz betreffend Pflanzungen des Reiches zur Förderung landwirtschaftlicher Siedlung angenommen. Durch dieses Gesetz wird die Reichsregierung ermächtigt, Pflanzungen bis zum Gesamtbetrag von 70 Millionen M zu übernehmen jedoch nur für Hypotheken und Rentenarlehen sowie für Anleihen inländischer Anstalten des öffentlichen Rechts, die zur Gewährung eines Dauerkredits an solche landwirtschaftlichen Siedler oder ihre Angehörigen dienen, die ihre frühere Stelle infolge des Krieges aufgeben mußten und neu angelegt sind oder angelegt werden sollen.

Hierdurch soll eine endgültige Befriedung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Pflanzungssiedler erreicht werden, die zu einem erheblichen Teil unter ungünstigen Darlehensbedingungen leiden. Ferner wird die Ergänzung des Inventars und der Ausbau und die Ausbesserung der Gehöfte dieser Siedler vorgenommen werden können.

Zum Tode des Königs von Rumänien

In einem Kommuniqué über den Tod des Königs von Rumänien heißt es, daß sich der allgemeine Zustand des Königs von Rumänien infolge eines Leidens und der im März aufgetretenen Luftröhren- und Lungenentzündung ständig verschlechtert hat. Appetitlosigkeit, Blutarmerie und Atemschwierigkeiten erschwerten die Herzstätigkeit, was in der Nacht zum 20. Juli zu einem Kollaps führte, an dessen Folgen der König um 2.50 Uhr starb. In Bukarest und im ganzen Lande herrscht vollkommene Ruhe. Sämtliche öffentliche Gebäude haben halbhohe geflaggt. In Vertretung des deutschen Reichspräsidenten hat der Stellvertreter des Staatssekretärs beim Reichspräsidenten, Dr. Döhl, in der rumänischen Gesandtschaft das Beileid zum Ableben des Königs von Rumänien ausgesprochen. Namens des Reichskanzlers sprach Staatssekretär v. Schubert bei der Gesandtschaft vor. Die rumänische Armee wurde auf König Michael vereidigt. Das Bukarester Armeekommando erneuert die Verfügungen betreffend den Belagerungszustand, die seit 1925 für die Universitätsstädte und die Grenzzone Geltung haben. Bis zur Beerdigung des Königs wird das Parlament seine neuen Sitzungen mehr abhalten.

Vom Deutschen Studententag in Würzburg. Das in Paris am 30. Juni 1926 paraphierte Abkommen über eine Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Studentenschaft mit dem Internationalen Studentenverband in der durch die Beschlüsse der jüngsten Arbeitsgemeinschaft vom 24. Juni 1927 festgestellten Regelung der Sprachenfrage wurde vom Deutschen Studententag ratifiziert. Weiter wurde festgestellt, daß die Zahlungsverweigerung der Preßburger Studentenschaft gegenüber der Deutschen Studentenschaft unzulässig ist. Im Presseauschuß wurde mitgeteilt, daß sich die Deutsche Studentenschaft an der Internationalen Presseausstellung 1928 in Köln in großzügiger Weise durch Schaffung einer eigenen akademischen Abteilung beteiligen werde, deren Pläne schon jetzt eine hervorragende Darstellung aller das akademische Schrifttum umfassenden Gegenstände zu erwarten verspricht.

Unterstützungen für die bedürftigen Reichsbahnbeamten. Im Anschluß an die vom Einheitsverband der Eisenbahner bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn beantragte allgemeine Unterstützung für die Reichsbahnbeamten meldet eine Berliner Korrespondenz, daß die Reichsbahnverwaltung sich der Aktion des Reichsfinanzministers und der Reichspost auf Erhöhung der Unterstützungsfonds für bedürftige Beamte angeschlossen habe und den finanziell am meisten bedrängten Beamten auf Antrag einmalige Unterstützungen auszahlen werde. Die Organisation nimmt an, daß etwa 60-70 Prozent der Beamtenschaft derartige einmalige Unterstützungen erhalten werden.

Amnestie für einige Unterzeichner des Heimatsbundmanifestes. Dem Pariser „Journal“ zufolge hat die Regierung anlässlich des Nationalfeiertages beschlossen, einige Beamte, die das Heimatsbundmanifest unterzeichnet haben, zu begnadigen. Die vorläufige Amtsenthebung des Bürgermeisters von Yutz an der Mosel und seiner beiden Stellvertreter ist aufgehoben worden. Es sind ferner Maßnahmen zur Milderung der Disziplinarstrafen einiger Beamten und Eisenbahner eingeleitet worden.

Aberfall auf den stellvertretenden ungarischen Ministerpräsidenten. Auf den stellvertretenden ungarischen Ministerpräsidenten wurde ein Aberfall von einem Manne verübt. Der Täter wurde überwältigt und der Polizei übergeben. Der Ministerpräsident blieb unverletzt.

Deutsche Kammermusik Baden-Baden

Der weiteren Klärung einer der augenblicklich wichtigsten Grundfragen musikalischen Geschehens dienen zwei der Medialisierung der Musik gewidmete Veranstaltungen. Wie schon beim letzten Donaueschinger Fest kamen zunächst Originalwerke für mechanische Instrumente zur Vorführung, darunter als interessanter Vergleich Mozarts für eine Orgelwalze geschriebene Fantasia F-Moll, zuerst vorgetragen durch eine Reproduktionsrolle (nach Remaxer Spiel) und dann auf der großen Konzertorgel des Kurhauses nach einer gezeichneten Rolle gespielt. Das Resultat fiel zugunsten der rein mechanischen Aufnahme aus, die den Charakter dieser spielerischen Musik viel besser wahrte und überdies einwandfrei bezeugte, daß eine solche ursprünglich als Spielmusik gedachte Schöpfung auch heute getroffen dem Mechanismus wieder anvertraut werden kann. Man hatte zudem bei weiteren Darbietungen — so schrieb Ernst Toch eine Studie und Paul Hindemith ein vierstimmiges Suite — den Eindruck, daß gerade die Orgel, natürlich das moderne Konzertinstrument und nicht die veraltete Drehorgel, sich vorzüglich für diese Dinge (auch in Verbindung mit dem Film) eignet und jedenfalls dem Klavier überlegen ist, dessen Klanggebundenheit einer allzu großen Stimmen-Vielheit einfach widerstrebt. Deshalb hätte Baden-Baden vielleicht doch noch einen Schritt weitergehen sollen und wenigstens das Viertelklavier in seinen Aufgabentkreis einbeziehen müssen, zweifellos eine Angelegenheit, die sich wohl auch nach der künstlerischen Seite eher rentiert hätte. Man wird indessen vor allem Nicolai Lopatnikoffs (Karlsruhe) Scherzo, das originaliter für mechanisches Klavier geschrieben wurde, einige Qualität nicht absprechen dürfen, und man wird auch den beiden Kompositionen von Hanns Paas (Freiburg) gegenüber unbedingt anerkennen, daß sie durch die Aufzeichnung dieser neuer Möglichkeiten zumindest praktischen Wert für die von der Firma M. Welte & Söhne propagierte Erfindung besitzen. Einmütige Ablehnung widerfuhr dem „ballet mécanique“ von George Antheil (Amerika), einer musikalisch ganz unbestimmten Sache, weil darin maschineller Rhythmus zu einseitig triumphiert und jede schöpferische Fantasia bewußt ausschaltet.

Kurze Nachrichten

Staatsminister v. Brentano. Donnerstag morgen verschied der heftigste Staatsminister des Innern und der Justiz von Brentano, der schon seit einigen Wochen schwer krank darniederlag.

Mag Liebermanns 80. Geburtstag. Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Prof. Dr. Beder, begleitet von dem Direktor der Berliner Staatlichen Museen überreichte Prof. Mag Liebermann im Namen des preussischen Staatsministeriums die goldene preussische Staatsmedaille. Der Berliner Oberbürgermeister Vöhl teilte Prof. Dr. Liebermann mit, daß er zum Ehrenbürger der Stadt Berlin ernannt worden sei.

Der deutsche Außenhandel zeigt im Juni im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 440 gegen 840 Millionen Reichsmark im Mai. Diese Steigerung ist zurückzuführen auf den Rückgang der Warenausfuhr (ohne Sachlieferungen) um 88 und die Steigerung der Einfuhr um 24 Millionen Reichsmark. An der Abnahme der Ausfuhr sind alle Gruppen beteiligt. Der Hauptrückgang entfällt auf fertige Waren mit 68 Millionen Reichsmark. Die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren ist um 16 und von Lebensmitteln um 6 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken ist um 16, von Rohstoffen und halbfertigen Waren um 10 Millionen Reichsmark gestiegen, die von Fertigen um 2 Millionen Reichsmark zurückgegangen.

Kein Abbruch der Seebestellungskonferenz. Die Neuterklärung, kommt ein Abbruch der Verhandlungen der Seebestellungskonferenz gar nicht in Frage. Im Gegenteil hätten die gegenseitigen Zugeständnisse von einer Art Ausgleichsentwurf geführt, der gegenwärtig von den Vereinigten Staaten geprüft werde. Der Grund der Zurückberufung der britischen Vertreter ist, daß Baldwin die Einzelheiten dieses Kompromisses vor seiner Abreise nach Kanada zu erfahren wünscht.

Ein neues englisches Großkampfflugzeug. Der Staatssekretär für das Luftfahrtwesen teilte im Unterhause auf eine Anfrage mit, das neue Großkampfflugzeug „Valkyrie“ habe die Probe vor dem Luftfahrtministerium abgelegt. Es sei beabsichtigt, es an einem Fluge, die englische Flugboote demnach über die Ozeane unternommen würden, teilnehmen zu lassen. Die „Valkyrie“ sei mit drei Motoren ausgerüstet und habe eine Besatzung von 5 Mann.

Ein Fremdenlegionsverwerber verhaftet. Der Mainzer Kriminalpolizei gelang es, einen Chauffeur aus Düsseldorf zu verhaften, als er versuchte, junge Leute zur Fremdenlegion anzuwerben. Wie mitgeteilt wird, wurde der Verhaftete schon seit einiger Zeit als Fremdenlegionsverwerber gesucht.

Strafverfahren gegen Pöbel. Wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, wird gegen den in Wien weilenden verhafteten kommunistischen Landtagsabgeordneten Pöbel ein strafrechtliches Untersuchungsverfahren eingeleitet werden, da er verdächtig ist, an der Agitation zur Veranstaltung neuer Anruhen teilgenommen zu haben.

Verschiedenes

Hagelsturm in Canada. Am Dienstagabend wurde die Gegend von Cochran von einem furchtbaren Hagelsturm heimgesucht. Die Hagelkörner waren so groß wie Fennigstücke gewesen. Die Dächer der Häuser wurden durchlöchert. Die Telephonröhre wurden zerschlagen. Die Hagelkörner bildeten an den Straßenecken Haufen von 60 Zentimeter Höhe. Glücklicherweise wütete der Sturm nur über einem verhältnismäßig kleinen Gebiet.

Brückeneinsturz. Bei Galbraith bei Tisitz stürzte eine über einen Fluß führende Brücke, die abgebrochen und durch eine neue ersetzt werden sollte, mit den darauf befindlichen 80 Arbeitern ein. 27 Personen sind dabei mehr oder weniger schwer verletzt worden.

Güterzugunglück auf der Brennerstrecke. „Messaggero“ berichtet, daß auf der Brennerstrecke bei Ora ein Güterzug, der Obst und Gemüse nach Deutschland bringen sollte, in voller Fahrt entgleiste und einen Abhang hinunterrollte. Die Lokomotive stürzte in die Erde und explodierte. Der Waggon wurde totgebrannt, der Feiger schwer verletzt. Viele Wagen wurden zertrümmert. Der Schaden wird auf etwa eine Million Lire geschätzt.

Eine 20köpfige Verbrecherbande, bestehend aus Angestellten der Fleischwerke Breslow bei Berlin hat seit fünf Jahren große Diebstahlspfade in dem Welt verübt und außerdem im März 1925 die umfangreichen Lagerräume der Firma in Flammen aufgehen lassen. Mehr als 20 Personen wurden verhaftet.

Zur Eröffnung des Karlsruher Kinder- und Säuglingsheimes

Von Dr. H. Behrens, Hausarzt des Heimes

In diesen Tagen ist der Ede Scheel- und Wiesenstraße errichtete Neubau in Betrieb genommen worden. Bei dieser Gelegenheit wird es einen größeren Kreis interessierten, über den Werdegang des Heimes, dessen innere Einrichtung und Aufgaben näheres zu hören.

Die Kinder, für welche die Stadtverwaltung für längere oder längere Zeit einen Aufenthalt bereit zu stellen hat, waten früher im Pfänderhaus, dem jetzigen Altersheim in der Jähringerstraße, untergebracht. Es stellte sich bald Unzulänglichkeit, Unzweckmäßigkeit der dort zur Verfügung stehenden Unterkunftsstätten heraus, so daß der Plan erwogen wurde, ein eigenes Heim ausschließlich für die Kinder zu errichten. Die Ausführung dieser Absicht wurde der Stadt durch die hochherzige Spende von 100 000 M. des Altstadtrates Hoffmann wesentlich erleichtert, und so konnte im September 1918 das an der Scheelstraße erbaute Haus bezogen werden. Es bot bis jetzt im ganzen für 160 Kinder vom Säuglingsalter bis zum 14 Jahre Raum. Neben dem Kinderheim bestand noch die Möglichkeit, Säuglinge und Kleinkinder anfangs tagsüber, später, in den Kriegs- und Nachkriegsjahren, auch Tag und Nacht in der vom Badischen Frauenverein betriebenen Luisen- und Bildstrasse, welche sich in den städtischen Gassen in der Kaumeyerstraße, resp. Scheffelstraße befand, unterzubringen. Die Inflationszeit zwang dann den Frauenverein, den Betrieb dieser Krippen ganz der Stadt zu übergeben. Als die Inflationswellen immer höher gingen, sah man sich veranlaßt, die Krippen aufzugeben und die Kinder in freistehenden Räumen des städtischen Krankenhauses unterzubringen. Bald aber stellte sich dort wieder das Bedürfnis für die von den Krippenkindern belegten Säle ein und so drängte die Krankenhausverwaltung darauf, dieselben anderswohin zu verlegen. Da die vorher benutzten Häuser für andere Aufgaben (Jugendheim, Altersheim) vergeben waren und sich nirgends bestehende Unterkunftsstätten boten, blieb schließlich nichts anderes übrig als einen Neubau zu errichten. Daß man diesen an das bestehende Kinderheim anschloß, dafür waren zweckmäßigkeit und Sparmaßregeln ausschlaggebend. Die Stadt besaß dort genügend Terrain, welches durch Abgabe eines Geländestreifens von der benachbarten städtischen Gärtnerei noch etwas erweitert werden konnte. Die Küchenanlagen waren bereits in genügender Größe vorhanden, da schon im ursprünglichen Plan spätere Erweiterungen vorgesehen waren. Heizung und Wäschereianlage brauchten nur um ein wenig vergrößert werden. So entschloß sich der Bürgerausschuß, wenn auch manche Einwände gegen das Projekt erhoben wurden, eine Genehmigung zur Ausführung des Anbaus an das bestehende Kinderheim zu geben.

Welche Aufgaben hat eine solche Anstalt auszuführen? Sie dient zunächst zur Aufnahme aller verjüngten Kinder, für welche die Stadt verpflichtet ist, eine Unterkunft bereit zu stellen, die Verpflichtungen haben durch die neuere Gesetzgebung einen sehr großen Umfang angenommen. Dazu gehören die Kinder, über welche die Gemeinde durch das Jugendamt die Generalvormundschaft ausübt; ferner diejenigen Kinder, welche den Eltern aus Fürsorgegründen und wegen sittlicher Gefährdung und dergl. weggenommen werden müssen. Weiter werden dem Heim Kinder überwiesen, welche wegen zeitweiliger Abwesenheit der Mutter, sei es bei Niederkunft, Erkrankung, längere Heilstätten-Aus, Verhüten von Strafen usw. keine häusliche Pflege haben. Dann müssen oft die Kinder von Familien, die kein Obdach haben, aufgenommen werden. Auch das Jugendgericht und die Polizei veranlassen oft Einweisung und Verbringung bei Auffindung ausgelegter oder fälschlich gegangener Kinder.

Die Aufnahme erfolgt nur gegen Einweisungsschein der betreffenden Behörden, welche auch die Zahlungsverpflichtungen regeln.

Die Kinder werden nach Eintritt in das Heim sofort gehobelt, kommen zunächst, soweit sie noch nicht schulpflichtig sind, in die Beobachtungsabteilung, um das Einschleppen ansteckender Krankheiten nach Möglichkeit zu vermeiden. Diese selbst befindet sich im Erdgeschoß des Neubaus und besteht aus mehreren Einzelräumen, welche durch verstellbare Zwischenwände noch weiter in sogenannte Bögen eingeteilt werden können, so daß die Absonderung möglichst streng durchgeführt werden kann. Ferner ist durch einen besonderen Glasabschluß diese Abteilung wiederum von den anderen Räumen abgetrennt. Die Kinder können aber nie auch in den oberen Stockwerken auf die große heizbare Terrasse gebracht werden, welche ebenfalls durch feste Zwischenwände in mehrere Einzelräume getrennt ist, so daß eine Verdrängung der verschiedenen Kinder ausgeschlossen ist. In dieser Beobachtungsabteilung müssen die Kinder 2-3 Wochen bleiben und kommen dann erst auf die Stationen, welche nach Altersstufen eingeteilt sind. Die einzelnen Räume sind möglichst klein gehalten

dataus für unser gesamtes Musikleben Ersprießliches erwünscht. Allerdings fanden bisher die Jugendbünde, die sich vorwiegend mit alter Musik begnügten und diese gar oft auf recht dilettantische Art pflegten, den zeitgenössischen Konsertern genau so fremd und ablehnend gegenüber, wie diese umgekehrt etwas verächtlich auf alle vermeintlich dem Wandervogel entprungene und angegliederte Beiträger herabsahen. Aber schon heute läßt sich nicht leugnen, daß tatsächlich manche Gegensätze überbrückt sind, wenn natürlich auch Differenzen vorwiegend weltanschaulicher Art noch fortbestehen. Sie werden jedoch nicht verhindern können, daß von nun an die unter Fritz Aders Leitung musizierende und singende Jugend sich stärker der Gegenwart zuwendet, während diese wiederum vor der Gefahr der Sektenerbitterung und des Artismus bewahrt bleibt. So fand man sich im Rückwärtigen frisch-fröhlichen Gesangs zusammen, hörte hübsche alte Weisen und auch moderne Chöre, darunter zwei Lieder, die Paul Hindemith eigens der Jugendbewegung gewidmet hat. Und nach schönen tänzerischen Darbietungen wanderte man gemeinsam zu einem Steinbruch, wo schon eine Orchestergruppe Aufführung genommen hatte um vor den zahlreichen Gästen Spielmusik von Rostorff und Knorr und ebenfalls von Hindemith aufzuführen. Obgleich der Zusammenschluß keineswegs programmatisch festgelegt ist und vorläufig sich einfach darauf beschränkt, alljährlich gegenseitig Führung zu nehmen, schied wohl keiner der Teilnehmer ohne das erfreulich Bewußtsein, einen Einblick in jene Kreise gewonnen zu haben, denen musikalische Volkskultur wirklich am Herzen liegt.

Doch schnell zurück noch zu dem Einakter-Abend, mit dem die diesjährigen Aufführungen vor ausverkauftem Hause ihren krönenden Abschluß fanden. Hier anerkannte Komponisten waren aufgefordert worden, Bühnenstücke mit Musik zu schreiben, die sich vom Reigenapparat des herkömmlichen Opernstückes möglichst fern hielten und nur geringen Aufwand an Regie sowie Dekoration verlangten. Wie unterschiedlich wurde der Auftrag erledigt! Ernst Toch (Mannheim) kam mit einem Musikmärchen „Die Prinzessin auf der Erbse“. Venuo Elkan hatte ihm aus Anderten einen recht pittoresken Text geformt, der sich freilich noch stark an die Opernformeln hielt, selbst

und voneinander durch Glaswände getrennt, ebenso sind die Wände nach den Wänden im oberen Teil aus Glas, in deren Holzsockel Wäschebehälter eingebaut sind. Auf diese Weise ist für möglichst viel Licht und große Übersichtlichkeit gesorgt. Die Terrassen liegen nach Süden, haben große Schiebefenster, sind heizbar, so daß die Kinder zu jeder Jahreszeit in frischer Luft gebracht werden können. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, die Kinder in möglichst viele Altersgruppen zu teilen und höchstens 6-8 Kinder in einem Schlafraum unterzubringen. Dies wird in dem Neubau gut durchführbar sein.

Die Kleinkinder werden ebenfalls in möglichst kleine Gruppen verteilt, um hier eine Art Familienystem aufrecht zu erhalten, wodurch die Beschäftigung mit dem einzelnen Kind intensiver gestaltet werden kann. Der Garten, welcher etwas vergrößert wurde, wird so angelegt werden, daß auch hier strenge Sondernung nach dem Alter eingehalten werden kann. Auch ist geplant eine Viegehele zu errichten. Die Verpflegung geschieht für die Säuglinge durch eine besondere Milchkuche, in welcher die nötigen Milchmischungen und sogenannte Heilmischungen nach der ärztlichen Vorschrift hergestellt werden. Die Milchkuche ist mit einem Sterilisationsapparat, Reinigungsanlagen, Kühlanlagen nach neuesten Richtlinien ausgestattet. Die Nahrung für die größeren Kinder und für das Personal wird in einer sehr geräumigen Wirtschaftsküche zubereitet. Die Küchen sind im Untergeschoß, wofür sich weitere Wirtschaftsräume und Vorratsräume, ferner zahlreiche Badezimmer für das Personal und die Schulkinder befinden. Für letztere ist auch ein Brausebad und eine Werkstatt vorhanden.

Jedes aufgenommene Kind wird vom Arzt gründlich untersucht, wobei natürlich besonders auf übertragbare Krankheiten geachtet werden muß. Viele Kinder kommen stark verunreinigt und mit Ungeziefer befallen herein. Bei jedem Kind wird eine Tuberkulinprobe gemacht. Die Säuglinge und Kleinkinder werden täglich besucht und in regelmäßigen Zwischenräumen nachuntersucht, so daß eine ständige ärztliche Überwachung gewährleistet ist, damit eventuell krankhafte Veränderungen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln borgebeugt werden kann. Unter anderem ist dafür im Neubau ein besonderer Raum zur Behandlung mit Höhenstrahlung eingerichtet. Erkrankt ein Kind, so wird es, so weit dies im Heim durchführbar ist, behandelt. Kinder mit ansteckenden Krankheiten werden dem Kinderkrankenhaus überwiesen. Tuberkuloseverdächtige, Kinder mit Verkümmern des Knochenapparates, Porphyrerkrankungen werden den zuständigen Fürsorgestellen überwiesen, mit welchen ebenso wie mit der Schulärztstelle ein intensives Zusammenarbeiten stattfindet. Liegen besonders scharfartige Fälle vor, wie z. B. Augen- oder Ohrenkrankung, so geschieht Überweisung an entsprechenden Facharzt. Zahl und Art der Erkrankungen wechselt naturgemäß sehr. Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden, Interessenten seien auf die Jahresberichte hingewiesen, welche dem Jugendamt erstattet werden und von dort bezogen werden können. Dank der in den letzten Jahren gut ausgebauten Säuglingsernährungsstube und mit Hilfe der in der Milchkuche herzustellenden besonderen Nahrungsmischungen ist es gelungen, die Sterblichkeit unter den im Heim geführten Säuglingen auf ein Minimum herabzubringen. Durch Erkrankung des Magendarmapparates haben wir in den letzten Jahren kein Kind mehr verloren. Die Todesfälle, welche zu beklagen waren, wurden durch schwere Lungenentzündung bei Infektionskrankheiten verursacht, wobei die Grippe an erster Stelle steht. Dies deckt sich mit allen Orten gemachten Erfahrungen. Das Prozentverhältnis, welches neuerdings auf Vorschlag des bekannten Pädagogen Prof. Schömann als sogenannte Gefährdungsmaßzahl bezogen auf 10.000 Verpflegungstage berechnet wird, ist für unsere Anstalt sogar aufwendend niedriger als das anderer Institute soweit Berichte darüber vorliegen. Wir hoffen durch die ausgereifteren Trennungsmöglichkeiten im Neubau auch hier noch besser den Gefahren begegnen zu können.

Zur Bewältigung all dieser vielen Aufgaben wie sie die obige Ausführung aufweist, gehört ein großes Pflegepersonal. Neben einer Anzahl ständiger, gutgeschulter Schwestern wird die Betreuung der Kinder von den Schwestern der im Hause bestehenden staatlich anerkannten Pflegerinnen-Schule ausgeführt. Die Schwestern werden theoretisch und praktisch vom Arzt unterrichtet, welcher dabei von den Schwestern unterstützt wird. Nach ein- bis zweijähriger Ausbildungszeit kann das Staatsexamen abgelegt werden. So hat das Heim schon eine große Anzahl staatl. geprüfter Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen für ihren Beruf vorbereitet und dieselben fanden teils in Familien, teils in Anstalten, gute Verwendung.

Das städtische Kinderheim erfüllt somit neben seiner Hauptpflicht, die ihm anvertrauten Kinder zu behüten und in ihrem körperlichen und seelischen Gedeihen zu fördern die Aufgabe, tüchtige Berufspflegerinnen auszubilden und dadurch die modernen Anforderungen über Kinderpflege, Ernährung, Erziehung in weite Kreise des Volkes zu tragen.

wo er deren typische Figuren ins Komische umzog. Aber auch musikalisch schien Lohs theatralischer Ertrag so sehr an der Tradition erkrankt, daß er des Neuen nur wenig bot, jedoch sichtlich brillantes Theater war, das auf seine Nachfolger begierig macht. Darin Milhaud (Paris) versuchte in der Opernminute „Die Entführung der Europa“ eine heroisch-klassische Fabel sozusagen nach papiermusikalischer Geistreichheit zu wirklicher Bühnenwirksamkeit vorzubringen. Am weitesten wagte sich Kurt Weill vor, der ein Singspiel „Mahagonny“ beiteuerte. Der Text hebt allerdings nicht den geistigen Kredit, den man sonst wohl Wert Recht zugestehet. Das Werk, scheinbar als Parodie des Amerikanismus gedacht, aber höchst verworren und unklar, streift überhaupt bedenklich die Grenze, wo sogar Besucher einer Revue nervös und empfindlich zu werden beginnen. Nicht einmal Weills routinierte Begabung konnte deshalb das Produkt vor einem regelrechten Theatervandal retten, und es gab nachher beinahe soviel Theater im Theater, als diese sensationelle Variété-Nummer gedauert hatte. Verührend und persönlich auf die erregten Gemüter wirkte danach Paul Hindemiths Singspiel „Ein und zurück“, eine gar köstliche Angelegenheit, deren Hauptwitz darin besteht, daß jenseitig wie musikalisch von der Mitte an das Ganze einfach zurückgedreht wird. Fast möchte man freilich meinen, das humoristische daran müsse auf einer Marionettenbühne z. B. doch noch viel drastischer wirken.

Erstrangig waren natürlich die Aufführungen selbst. Man hatte beste Solisten (u. a. Irene Eden, Johanna Kemperer und Erik Wiel) aufgeboten. Regie führte Walter Brüggemann (Weipzig), der für die Bühnenaufstellung in Heinz Porey einen ganz vorzüglichen Ratgeber fand. Als Dirigenten bewährten sich Generalmusikdirektor Ernst Wehlich (Baden-Baden) und Darius Milhaud. Sie alle bürgen für einen bemerkenswerten Erfolg, wie er der exzeptionellen Bedeutung des Abends angemessen war.

Deutsche Buchgemeinschaft. Die auch unsern Lesern rühmlichst bekannte Deutsche Buch-Gemeinschaft, Berlin SW 61, Teplitzstraße 29, bietet ihren Hunderttausenden von Mitgliedern im Rahmen einer großen „Sommer- und Ferienwerbung“ eine reizende Sommergabe als Prämie. Freunden des wirklich guten Buches ist zu empfehlen, sich Prospekt und Bedingungen kommen zu lassen.

Badischer Teil

Der badische Landtag in Kehl und Breisach

In großer Zahl unternahmen am Mittwoch die Mitglieder des Badischen Landtags zusammen mit den Mitgliedern der Regierung, an der Spitze der Staatspräsident und den zuständigen Referenten der Ministerien eine Fahrt nach dem besetzten badischen Gebiet. 9.10 Uhr erfolgte die Ankunft in Kehl, wo am Bahnhof der Bürgermeister Dr. Krauß die Gäste herzlich begrüßte. Als bald wurde in großen Postautos die Rundfahrt durch das Rheinbafengebiet angetreten. Vor dem Getreidespeicher gab der Vorstand der Güterabfertigung Kehl, Reichsbahnrat Singrün, ein Bild über die Raugeschichte und die Entwicklung des Rheiner Hafens. Sodann wurde die Fahrt fortgesetzt und führte durch die Rheinbafentolonie, vorüber an der neuen Gewerbeschule und der Kleinwohnungsiedelung zum Hotel „Schiff“. In dem festlich geschmückten Saale wurde ein Imbiß eingenommen, gegeben von der Stadt Kehl. Landrat Schindler entbot namens des Amtsbezirks Kehl den Volksvertreter und der Regierung herzliche Grüße, worauf Bürgermeister Dr. Krauß in einer Ansprache die Räte speziell der Stadt Kehl in Folge der Besetzung und der Abtrennung des Hinterlandes Straßburg und des Elsaß schilderte. Solange hier Besetzung liege, betonte er, sei an eine wirtschaftliche Entwicklung, Industrieanfiedlung usw. nicht zu denken. Hoffentlich werde der Landtag in Bälde noch einmal nach Kehl zu einer Befreiungsfeier kommen können. Redner betonte dann die der Stadt verbliebenen Aufgaben, wie Ausbau der Oberschule und Krankenhausweiterung und betonte zum Schluß, wie notwendig die Förderung des Rheiner Rheinbafens sei. Hier handele es sich nicht nur um eine lokale sondern um eine nationale Aufgabe, für die man auf die Hilfe des Reiches hoffe.

Landtagspräsident Dr. Baumgartner sprach im Namen des Landtages und der Regierung, sowie der anwesenden Gäste herzlichsten Dank aus für den herzlichen Empfang. Man sei nach Kehl gekommen, um dem besetzten Gebiet zu zeigen, wie sehr man mit ihm fühle. Er würdigte die schwere Lage des badischen Rheinbafens und betonte, daß das ganze deutsche Volk und Reich sein Interesse für das besetzte Gebiet auch materiell gefunden müsse. Ganz besonders Dank sprach er der Bevölkerung des badischen besetzten Gebiets für ihre Treue zum Reich, Volk und Vaterland aus. Dr. Baumgartner schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Stadt Kehl.

Um 1 Uhr erfolgte die Weiterfahrt über Appenweier und Freiburg nach Breisach. Am Bahnhof hielt der Bürgermeister von Breisach, Meyer, eine kurze Begrüßungsansprache, worauf vor Beginn der Festspiele im nebenan liegenden Gartenlölal ein kleiner Imbiß eingenommen wurde. Gegen vier Uhr veränderten Trompetensöhne den Beginn des „Toll-Spiels“, das bei allen Teilnehmern einen nachhaltigen Eindruck hinterließ. Nach einer Befichtigung des neuerrichteten Rheinbafens begab man sich zur offiziellen Begrüßung in das Hotel zur „Wolke“. Hier gab Bürgermeister Meyer einen kurzen Überblick über die Entwicklungsgeschichte der Stadt Breisach, wobei er besonders die schweren Schädigungen hervorhob, die der Stadt, als Grenzstadt, durch den Versailler Friedensvertrag auferlegt sind. Die Gegenwart des Badischen Staatsministeriums und des Landtages sei ihm ein Beweis dafür, daß man der so schwer geprüften Stadt tatkräftige Unterstützung angedeihen lassen wolle. Mit dem Wunsche, auch weiter der Stadt Breisach in ihrem schweren Kampfe zu helfen, schloß der Bürgermeister seine mit Beifall aufgenommenen Begrüßungsrede. Landtagspräsident Dr. Baumgartner konnte namens des Landtages und der badischen Staatsregierung versichern, daß Breisach als Grenzstadt immer die besondere Aufmerksamkeit der badischen Regierung finden werde. Die Schädigungen, die die Stadt durch den Abbau des Bergwerks erlitten habe, sollen nach Möglichkeit ausgeglichen werden. Zum Schluß sprach der Landtagspräsident noch seine besondere Anerkennung für das glanzvolle Spiel aus und schloß mit einem Hoch auf die Stadt Breisach. Das gemeinsam gesungene Deutschlandlied schloß den Abend.

Gegen 10 Uhr begaben sich die Karlsruher Gäste über Freiburg im Sonderzug nach Hause.

Badischer Landtag

46. Sitzung

21. Juli

Der Beginn der letzten Plenarsitzung verzögerte sich bis 11 Uhr, da zuvor noch der Haushaltsauschuß fast 2 1/2 Stunden über den Initiativgesetzentwurf des Zentrums betrug. Die Anstellung der Volksschullehrer beraten hatten.

Präsident Dr. Baumgartner verlas zunächst die bereits veröffentlichte Erklärung der badischen Polizeioffiziere gegen die Angriffe des kommunistischen Abg. Ritter. Dieser bleibt bei seiner Auffassung, daß die aus dem alten Heere und von der Reichswehr übernommenen Offiziere auf monarchistischem Standpunkt ständen.

Eingegangen ist ein Antrag des Abg. Dees (Dem.) u. Gen., betr. Gründung eines Forschungsinstituts für Zeiteinheit und Uhrenteknik. Der Antrag der Bürgerlichen Vereinigung betr. die Auslösung von Kriegsanleihen des Altbesitzes wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet

Abg. Dr. Walder (D. Vpt.) über die

Novelle zum Erbschaftengesetz.

Darauf soll § 18 Absatz 1 einen Zusatz erhalten, wonach die Zustimmung der Mehrheit der beteiligten Grundeigentümer zur Zusammenlegung von Grundstücken nicht mehr erforderlich ist, wenn das Gemeinwohl die Neueinteilung dringend erfordert. Darüber entscheidet letzten Endes das Staatsministerium.

Abg. Meier-Heidelberg (Soz.), der einen Antrag gestellt hatte, begrüßte das Gesetz das einem lebhaften Wünsche der Gemeinden entspreche.

Der Präsident machte darauf aufmerksam, daß der Gesetzentwurf verfassungsändernden Charakter habe und zu seiner Annahme deshalb eine qualifizierte Mehrheit erforderlich sei. Die Vorlage wurde darauf ohne weitere Aussprache in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ein Gesuch des E. Mauchath in Inzgersdorf, der mit seinen Einwendungen gegen die dortige Gemeinderatswahl bei keiner Initiative Erfolg hatte, und sich schließlich dem Landtag wandte, wurde bei Stimmenthaltung der Kommunisten durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Berichterstatter war der Abg. Kühn (Soz.).

Es folgte die Verabschiedung des

Initiativgesetzentwurfes der Regierungsparteien über

Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung badischer Minister. Der Abg. Dr. Glodner (Dem.) berichtet über die Verhandlungen im Haushaltsauschuß. Die Einzelheiten der Vorlage sind bereits veröffentlicht worden.

In der Aussprache erklärte Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Bürgerl. Vgg.), er beziehe sich auf seine Erklärung im Jahre 1920, als eine ähnliche Materie zur Beratung stand. Seine Fraktion werde sich der Stimme enthalten.

Abg. Bod (Komm.) lehnt das Gesetz ab.

Abg. Dr. Ostfischer (D. Vpt.) gab die Erklärung ab, daß seine Fraktion der Auffassung sei, daß die Frage der Ministerpensionen grundsätzlich nicht nur für den einzelnen Fall, und erst beim Ausscheiden einzelner Minister geregelt werden soll. Man betrachte die Frage als eine Angelegenheit der Regierungsparteien und enthalte sich der Stimme.

Die Vorlage wurde darauf in erster Lesung mit 41 Stimmen gegen 4 kommunistische bei 18 Enthaltungen der Volkspartei und Bürgerl. Vereinigung angenommen.

Abg. Müller (Soz.) berichtete über einen Antrag Dr. Schmittner auf Wiedereinstellung der im letzten Budget gestrichenen 9000 M zur Aufbesserung des Dienstentlohens altkatholischer Geistlicher. Der Haushaltsauschuß empfiehlt die Annahme des Antrages.

Minister des Kultus und Unterrichts, Leers, erklärte, daß die Regierung nach Streichung der Position keinen Anlaß mehr hatte, sich mit der Sache zu befassen. Er könne daher heute auch keine Erklärung namens der Regierung abgeben. An sich habe er Verständnis für den Antrag, der einer Notlage abhelfen wolle. Ein Beschluß des Landtags könnte nur so gedeutet werden, daß die Wiedereinstellung in einem Budgetnachtrag gewünscht wird.

Abg. Dr. Föhr (Soz.) begründet hierauf einen Antrag, die Regierung zu ersuchen, bis zum nächsten Staatsvoranschlag die Frage der Staatsdotations an die Kirchen unter dem Gesichtspunkte der Parität und Notlage der Kirchen einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Die katholische Kirche wehre sich dagegen, daß ihr Unrecht geschieht. Man sei bereit, die Frage heute noch grundsätzlich aufzuwerfen (Zwischenruhe und Anruhe).

Abg. Dr. Schmittner (Bürgerl. Vgg.) bedauerte die Schärfe, die in der Debatte gekommen sei. Der Antrag sei bereits im November vorigen Jahres eingebracht worden und verstoße nicht gegen die Parität.

Abg. Bod (Komm.) lehnte die beiden Anträge grundsätzlich ab.

Abg. Meier-Heidelberg (Soz.) meinte, wegen der Dotation werde es noch Nord und Lotischlag geben. Man sollte an den Abbau der Dotation gehen.

Abg. Dr. Glodner (Dem.) bemerkte, es sei heute nicht der Tag und die Zeit, die Frage grundsätzlich anzuschneiden.

Abg. Dr. Föhr (Soz.) stellte den Zusatzantrag, den Antrag Dr. Schmittner für erledigt zu erklären.

Abg. Dr. Schöfer (Soz.) betonte, daß Reichsverpflichtungen des Staates gegenüber der Kirche beständen. Der Antrag Dr. Schmittner hätte früher zur Debatte gestellt werden sollen.

Abg. Meier-Heidelberg (Soz.) brachte den Antrag ein, die Frage der Dotation im Sinne des Abbaues zu prüfen. Nach weiteren kurzen Auseinandersetzungen der Abg. Dr. Glodner (Dem.) und Dr. Schöfer (Soz.) bittet

Abg. Dr. Schmittner (Bürgerl. Vgg.) im Schlußwort nochmals seinen Antrag anzunehmen, der mit der Frage der Parität nichts zu tun habe.

Die Abstimmung wurde ausgesetzt. Abg. Müller (Soz.) berichtete über den heute früh nochmals im Haushaltsauschuß behandelten Initiativantrag des Zentrums auf Änderung des Schulgesetzes.

Der Ausschuß beantragte, der Landtag wolle

I. nachstehendem Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilen

Entwurf eines Gesetzes

über die Abänderung des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910

Das badische Volk hat durch den Landtag am ... folgenden

des Gesetzes beschlossen:

Artikel 1

1. In § 30 des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 sind einzuschalten hinter „An Volksschulen“ die Worte „und Schulabteilungen“.

2. Der § 120 des Schulgesetzes erhält folgende Fassung:

„An den Volksschulen der früher der Städteordnung unterstellten Städte werden für die einzelnen Schulabteilungen

Rektoren nach § 30 des Gesetzes bestellt.

Die Rektoren werden nach Anhörung des Stadtrats durch die Staatsbehörde ernannt.“

Artikel 2

Das Gesetz tritt am 1. August 1927 in Kraft. Auf die

Einführung der nach Artikel 1 bestellten Rektoren in die Befol-

dungsbefugnisse hat es keine Einwirkung.

Mit dem Vollzug des Gesetzes wird das Ministerium des

Kultus und Unterrichts beauftragt.

II. für die zweite Beratung von der Frist des § 49 der

Verfassung absehen;

III. das Gesetz als dringend im Sinne des § 23 Absatz 2

der Verfassung erklären;

IV. die nachfolgenden Gesuche wie folgt erledigen:

1. der Regierung zur Kenntnisnahme überweisen

a) der abgebauten Oberlehrer vom 28. Juni 1927, hie-

here Einstufung der auf Ostern 1924 abgebauten

Oberlehrer der größeren Städte,

b) der Vereinigung bad. Rektoren vom April 1927,

Befolungsverhältnisse der badischen Rektoren,

2. als durch Annahme der Biffer I dieses Ausschusses

antrag für erledigt erklären die Gesuche

a) des kath. Lehrervereins Baden vom 5. März 1926,

Änderung des § 120 des Schulgesetzes,

b) der Lehrerbürokranten bei den Stadtschulämtern

vom 24. Februar 1927, Stellung der Bürobeam-

ten bei den Stadtschulämtern,

c) der Oberlehrer der Städte im Sinne der Gemein-

deordnung vom 21. Februar 1927, Änderung des

badischen Schulgesetzes.

Der Gesetzentwurf wurde nach kurzen Bemerkungen des

Abg. Bod in beiden Lesungen gegen die Kommunisten ange-

nommen und auch den sonstigen Beschlüssen des Ausschusses

zugestimmt.

(Bei Schluß der Redaktion dauerte die Sitzung noch fort.)

Anträge

Von den Abg. Dees und Edel (Dem.) ist im Bad. Landtag folgender Antrag eingebracht worden: Wie bekannt geworden ist, plant das Reich die Gründung eines Forschungsinstituts für Zeiteinheit und Uhrenteknik. Die Unterzeichneten beg-

antragen, der Landtag wolle die Regierung ersuchen, bei der

Reichsregierung dafür einzutreten, daß der Sitz dieses Reichs-

institutes nach Baden gelegt wird, da die Schwarzwalder

Uhrenindustrie von unserem Lande ihren Anfang genommen

hat.

Die Reise Dr. Dormüllers

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn Dr. Dormüller besichtigte in Begleitung des badischen Finanzministers Dr. Schmitt, sowie einer Anzahl Sachverständiger unter Führung von Direktor Dr. Haas von den Kraftübertragungs-

werken Rheinfelden das Großkraftwerk Whlen. Wie man

hört, ist in Whlen die Erbauung einer großen Dampfanlage

sowie eine bedeutende Vergrößerung des Unterbahnhofs be-

absichtigt. Von hier reiste Dr. Dormüller unter der Führung

der Generaldirektoren Schraffl und Etter und Inge-

nieur Huber-Stoder zur Besichtigung der Elektrizitätsan-

lagen der Schweizerischen Bundesbahnen nach den Kraft-

werken Amsteg und Niter.

Ehrenausschuss für das Karlsruher Studentenhaus

Ein altes Ziel der studentischen Selbsttätigkeit, die an der Technischen Hochschule Karlsruhe im Karlsruher Studentendienste ihren Ausdruck gefunden hat, ist die Errichtung eines Studentenhauses, das den gesamten sozialen Fürsorgedienst, insbesondere die mensa academica aufnehmen und zugleich als eine Art Klubhaus der Gesamtstudentenschaft dienen soll, worin die Studierenden Gelegenheit zur Erholung, geselliger Unterhaltung und geistiger Förderung haben durch Arbeits- und Aufenthaltsräume, Vesper- und Spielzimmer, durch Möglichkeiten zu Vorträgen, Diskussionen und musikalischen Darbietungen. Unter Ausschaltung aller konfessionellen, politischen und sozialen Scheidungen sollen die Studierenden sich als Gemeinschaft fühlen lernen, um diesen Gemeinschaftsgeist in ihr späteres praktisches Leben in Industrie und Wirtschaft mitzunehmen.

Die Errichtung eines derartigen Studentenhauses läßt sich in Karlsruhe nicht mehr länger verzögern, da einmal die Verwaltungsräume des Studentendienstes selbst geräumt werden sollen, ohne daß es bis jetzt gelungen wäre, innerhalb oder doch in der Nähe der Hochschulgebäude Unterkunfts-möglichkeiten zu schaffen, und da weiter die jegliche Unterbringung der mensa academica in den Kellerräumen des Aulahauses, die von Anfang an nur ein Notbehelf war, durchaus unzulänglich ist und auf beschleunigte Änderung dringt, falls die Studentenspeisungen den durch die Kollage zahlreicher Studierender an sie gestellten Anforderungen noch genügen sollen.

In dankenswerter Weise hat das Badische Ministerium der Finanzen einen Bauplatz zur Verfügung gestellt, der direkt an das Hochschulgelände anschließt.

Nachdem aus Mitteln des Reiches und der Stadt Karlsruhe sowie aus privater Hand etwa zwei Drittel der veranschlagten Baukosten von etwa 500.000 RM aufgebracht sind, wird heute hier der Ehrenausschuss des Studentenhauses tagen, um über die Aufbringung der Restsumme zu beraten.

Vorsitzender des Ehrenausschusses ist Reichsfinanzminister Dr. Brücker. Die weiteren Mitglieder des Ehrenausschusses sind: Bad. Minister des Kultus und Unterrichts Veers, Bad. Minister der Finanzen Dr. Schmitt, Geh. Oberregierungsrat Dr.-Ing. e. h. Schwoerer, Oberbürgermeister Dr. Finter, Bankdirektor Weg, Ehrensenator der Technischen Hochschule Fredericiana, Dr.-Ing. e. h. Böhringer, Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. e. h. Wösch, Geh. Regierungsrat Prof. Dr.-Ing. e. h. Duisberg, Ehrensenator der Technischen Hochschule Fredericiana, Ministerialrat Präsident Dr. h. c. Engler, Dr.-Ing. e. h. Hummel, Bankdirektor Konful Nicolai, Ehrensenator der Technischen Hochschule Fredericiana, Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ritter von Petri, Generaldirektor Dr.-Ing. e. h. von Schau, Ehrensenator der Technischen Hochschule Fredericiana, Direktor Dr. h. c., Dr.-Ing. e. h. Bielmeyer, Generaldirektor Dr.-Ing. e. h. Wögl, Ehrensenator der Technischen Hochschule Fredericiana und Assessor Dr. Schärer, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft.

Mitglieder aus dem Lehrkörper: Seine Magnifizenz der Rektor, Prof. Dr.-Ing. Probst, Prof. Dr. Ammann, Prof. Dr. Widus, Vorsitzender des Verwaltungsrates, Geh. Hofrat Prof. Dr.-Ing. e. h. Benoit, Prof. Dr. phil. h. c. Willing, Excellenz Herr Wirkl. Geh. Rat Dr.-Ing. e. h. Dr. Sewald, Prof. Dr. Kaulke, Prof. Dr. Stod, Geh. Hofrat Prof. Dr. Schliekmacher und Prof. Dr. Holl, 1. Vorsitzender des Studentendienstes.

Ein Betrüger

In Karlsruhe wurde ein ehemaliger Beamter aus Straßburg festgenommen, der in einer Zeitung eine Anzeige erließ, wonach er wegen Abreise ins Ausland ein Kind gegen hohe Abfindung und Pflegegeld in Pflege zu geben habe.

Den sich meldenden Järlieb er, sie mögen für Einholung von Auskünften 8 RM einfinden; auf diesen Betrag aber hatte es der Betrüger abgesehen. Etwaige Geschädigte, die noch keine Anzeige erstattet haben, werden gebeten, dem Badischen Landespolizeiamt Karlsruhe schriftlich Mitteilung zu machen.

Der Bürgerausschuss Mannheims beschäftigte sich mit der endgültigen Festlegung des Voranschlags. Eine Reihe von Abänderungsanträgen wurde angenommen und abgelehnt. Die Einnahmen und Ausgaben stellen sich hiermit auf 83.391.000 RM. Wegen des noch nicht festgesetzten Steuerfußes für die Gewerbesteuer konnte der Umlagefuß nicht festgesetzt werden. Vorgeesehen waren 48/100. Die Kommunisten legten formell dagegen Einspruch ein, weil ihre Forderungen bis auf wenige abgelehnt wurden. Außerdem wurde die Errichtung einer großen Viehmarkthalle für 700 Pferde und Großvieh mit einem Kostenschlag von 1/2 Million beschlossen.

Aus der Landeshauptstadt

Zugverkehr.
Bis zum 27. August besteht an Samstagen Gelegenheit mit dem 7.15 in Basel Bad. Wf. abfahrenden Schnellzug D 88, Hamburg Hbf. an 22.27 in der Nacht von Samstag auf Sonntag verkehrenden Schnellzug mit 1/3. Klasse Hamburg Hbf. ab 0.10, Westerland an 6.24 zu erreichen.
In der Gegenseitigkeit verkehrt bis zum 28./29. August in der Nacht von Sonntag auf Montag ein neuer Schnellzug Westerland ab 23.00, Hamburg Hbf. an 5.08 mit Anschluß an den Schnellzug D 86, Hamburg Hbf. ab 7.41, Basel Bad. Wf. an 23.20.

Wiener Operette im Konzerthaus. Vielfachen Wünschen entsprechend kommt heute die Schlageroperette „Gräfin Mariza“ zur Darstellung. Für morgen ist die erste Wiederholung der „Gräfin Mariza“ angesetzt. Am Samstag geht zum 6. Male die große Neuoperette „Zirkusprinzessin“ in Szene, deren Erfolg bei Publikum und Presse einmütig bestätigt wurde. Sonntag Nachmittag 3 Uhr findet die erste Nachmittagsvorstellung der Operettenoperette statt. Zur Auf-führung gelangt „Gräfin Mariza“ mit Eva Meyer und Willi Wöhl. Preise außerordentlich stark ermäßigt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Bei meist heiterem Himmel erreichen die Temperaturen gestern in der Ebene 23 Grad, im Hochschwarzwald 18 Grad. Ausläufer der Störungen über den britischen Inseln drängten den Binnenländischen Hochdruckkegel bereits soweit zurück, daß schon heute früh mit einsetzender Südwestströmung vorübergehende Bewölkung in Südbaden auch Strichregen, aufzutreten sind. Da sich diese ersten Ausläufer vermutlich entfernen, kann morgen noch mit Einwirkung des Höhen-druckes gerechnet werden. Bei Winden südlicher Herkunft ist daher warmes bis schwüles und zunächst ziemlich heiteres Wetter zu erwarten. Einer Verschlechterung wird erst mit dem Vorbringen der ozeanischen Nordwestströmung eintreten. Aus-sichten für Freitag: Ziemlich heiter, warm, schwül, Nordbiden gewitterartige Strichregen.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Mannheim, 19. Juli. An der Handels-Hochschule Mannheim sind im Sommer-Semester 1927 663 öbentliche Studierende eingeschrieben, für ein Semester sind von dem Studium beurlaubt 95 Studierende. Neuaufgenommen wurden 150 Studierende. Die Zahl der Hörer beträgt im Sommer-Semester 1927 308.

W. Heidelberg, 20. Juli. Die Arbeiten an der Staustufe Heidelberg der Neckar-Analysen, die bekanntlich Heidelberg ein Stauwehr mit Schleuse am Neckar bringen wird, sind jetzt schon erheblich fortgeschritten. Die Arbeiten bleiben vorläufig am staufseitigen Ufer. Sprengungen finden täglich statt und erfordern öfters Abperrungen. Sie sollen in nächster Zeit noch ausgedehnt werden, obgleich das Staustufenwehr nur eine Stauhöhe von 2,6 m haben wird, damit Wehr und Schleuse möglichst wenig sichtbar sind. Zur Zeit ist man bei der Anlage eines Abwasserkanals für die Herren-mühle, die hier alte Wasserrechte hat. Auch wird bereits mit den Aufschüttungen für die neue Straße begonnen, die sich später unmittelbar am Neckarufer zwischen der alten Brücke und dem Neckarstör hinziehen wird. Bis zu ihrer Fertigstellung dürfte auch die Änderung der Bahnanlagen am Neckarstör erfolgt sein.

W. Bruchsal, 21. Juli. Die Gesamtzahl der am 1. April beim Wohnungsamt gemeldeten Wohnungsluchenden war 705. In der Zeit vom 1. April bis 30. Juni war ein Neuzugang von 99 Gesuche zu verzeichnen. Im gleichen Zeitabschnitt konnten durch Zuteilung von Altwohnungen und Bezug von Neuwohnungen 92 Gesuche erledigt werden. Am 1. Juli lagen noch 712 unerledigte Gesuche vor.

W. Mingsheim, 20. Juli. Am 10. August d. J. kann Pfarrer Münch sein 70jähriges Priesterjubiläum feiern. Der Jubilar wurde am 9. Januar 1831 in Geroltsheim geboren, ist also über 96 Jahre alt. Am 10. August 1887 erhielt er die Priesterweihe. In seiner langen Lebensbahn wirkte der Priester in sechszwanzig Pfarren in Nassau, Heidelberg, Weibstadt, Schwellingen und zuletzt von 1889 bis 1918 in Mingsheim, wo er in den verdienten Ruhestand versetzt wurde.

W. Freiburg i. Br., 20. Juli. Der Rektor des Erzö. Gym-nasialkonvikts in Freiburg, Geistlicher Rat und Studienrat Dr. Leonhard Schanzenbach, konnte gestern im Kreise zahlreicher Freunde, ehemaliger Jünger und Schüler sein goldenes Priesterjubiläum feiern. Aus diesem Anlaß wurde ihm die Ernennung zum päpstlichen Hausprälaten mitgeteilt, während seine Heimatgemeinde Mingsheim ihn zum Ehrenbürger ernannte.

W. Freiburg, i. Br., 20. Juli. Zu der Blättermeldung von der angeblichen Freigabe der berühmten Freiburger Badstrassen für den allgemeinen Automobilverkehr teilt das städtische Verkehrsamt mit, daß diese Nachricht nicht der Wahrheit entspreche. Angeblich sollten die Badstrassen bis zum 1. Oktober verkehrsweise für den allgemeinen Automobilverkehr freigegeben werden. Auch die Nachricht, wonach die Kuranstalt Rehhans an den Caritasverband verkauft worden sein soll, trifft nicht zu.

W. Freiburg i. Br., 19. Juli. Eine freudige Mitteilung hat die öffentliche Sparkasse Freiburg für ihre alten Einleger. An Stelle des gesetzlichen Aufwertungsfußes von 12 1/2 Proz. wer-tet sie auf Grund des vorläufigen Abschlußes der Aufwertungsarbeiten die alten Spareinlagen mit 22 Proz. auf.

W. Offenburg, 19. Juli. Der Landesverband der Gips- und Stukkateurmeister in Baden und der Pfalz E. S. hielt seinen diesjährigen Verbandstag in Offenburg ab. Als Gäste wohnten der Tagung bei: Vertreter der Handwerkskammer, der Stadt Offenburg, des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und verwandter Vereinigungen, ferner der Vorsitzenden des Deutschen Studegewerbeverbandes, Weuer, Dörfeldorf, der ein interessantes Referat über die Lage im deutschen Studegewerbe hielt und der Führer der württembergischen Studerorganisation, Raaf, Stuttgart, der wertvolle Anregungen für eine rationelle Betriebsführung gab. An Stelle des durch Krankheit verhinderten Vorsitzenden leitete dessen Stellvertreter, Josef Weinmann, Freiburg, die Tagung. In zwei sehr interessanten Referaten behandelte Verbandspräsident Schlöder, Freiburg, die Kernprobleme des verflochtenen Jahres: Die Entwicklung unserer Lohnpolitik und der neue Reichsstarifvertrag für das deutsche Studegewerbe. Durch eine Rohbindung bis zum 31. März 1928 sollen Arbeitskämpfe im Baugewerbe verhindert werden. Den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr erstattete ebenfalls Schlöder. Er konnte feststellen, daß die Mitgliederzahl um mehr als das dreifache gestiegen ist. Die Vorstandswahl ergab eine einstimmige Wiederwahl des bisher ersten Vorsitzenden Schwarzwälder, Freiburg, und der übrigen auscheidenden Vorstandsmitglieder. Sorgius, Pforzheim, wurde wegen seiner großen Verdienste um den Verband zum Ehrenmitglied ernannt. Als Ort für den nächsten Verbandstag wurde Bühl bestimmt.

W. Singen a. B., 18. Juli. Unter überaus starker Beteiligung aller evangelischen Diasporagemeinden des Seckreises und der Vertretungen der Gustav-Adolf-Zweigvereine des ganzen Landes fand gestern hier das diesjährige Jahresfest des badischen Hilfsvereins der Gustav-Adolf-Stiftung statt. Die Feierlichkeiten wurden mit einem Festgottesdienst am Sonntag vormittag eingeleitet, in dem der Diasporapfarrer Göbel, Neustadt, sprach. Der große Festakt fand in der Scheffelhalle statt. Kirchenrat Nilm eröffnete mit herzlichen Begrüßungs-worten den Festakt und wies darauf hin, mit welcher besonderten Freude die Evangelischen des Seckreises den Gustav-Adolf-Verein bei sich zu Gast sehen, dessen Unterstützung ihre kleinen Diasporagemeinden seit Jahrzehnten genossen haben. Der Sinn dieses Protestantentages sei die Stärkung im Geiste des Glaubens und keine Demonstration gegen Andersgläubige. Alsdann sprachen Stadtpfarrer Blum, Konstanz und Pfarrer Teufel, Weikershausen. Pfarrer Galle, Lobnau-Schnau, schilderte die Not der kleinen Diasporagemeinden. Das Ergebnis der Singener Gustav-Adolf-Spende mit 754 RM wurde der Diasporagemeinde Lobnau-Schnau zur Verfügung gestellt. Die Not der evangelischen Diasporagemeinden in der Tschechoslowakei schilderte Pfarrer Müller, Elmüß.

Todesurteil. Das Schwurgericht in Stuttgart verurteilte den Mörder und Einbrecher Schlier, der im September v. J. ein Dienstmädchen durch Weibhiebe ermordet hatte, zum Tode.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	21. Juli		20. Juli	
	Ges.	Beiz.	Ges.	Beiz.
Amsterdam 100 G.	168.50	168.84	168.22	168.56
Kopenhagen 100 Kr.	112.49	112.71	112.38	112.60
Italien . . . 100 L.	22.57	22.91	22.85	22.89
London . . . 1 Pf.	20.414	20.454	20.393	20.433
Newyork . . . 1 D.	4.2055	4.2135	4.201	4.209
Paris . . . 100 Fr.	16.46	16.50	16.445	16.485
Schwiz . . . 100 Fr.	80.975	81.135	80.85	81.01
Wien 100 Schilling	59.17	59.29	59.14	59.28
Prag . . . 100 Kr.	12.46	12.48	12.45	12.47

Die österreichische Nationalbank hat den Zinsfuß für den Diskont und Lombard von 8 auf 7 Proz. erhöht. Die Höhe im Darlehensgeschäft erhöht sich gleichfalls um 1 Proz.

Operette im Konzerthaus
Morgen Freitag, den 22. Juli 1927, abends 7 1/2 Uhr
Die beliebte Kalman-Operette **Die Czardasfürstin**
Karten bei Müller, Kaiserstr., Holzschuh, Werderstr., Brunner, Kaiserallee, Verkehrsverein, Kaiserstr., Konzerthauskassa und (teleph.) 7260 zu M. 1.50 bis 5.50. Samstag: Zirkusprinzessin.

Verbands-Sparkasse Pfullendorf.

Geschäfts-Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Aktiva.		Passiva.	
RM	RM	RM	RM
Gebäude	36 000,00	Spareinlagen	831 340,26
Hypotheken	55 976,36	Anlehenskapitalien	18 604,23
Wertpapiere	1,00	Sonstige Kapitalschulden	—
Sonstige Darlehen	123 700,00	Rücklagen	5 400,16
Grundstückskaufgelber	12 720,00	Ausgabenrückstände	3 529,83
Schuldenscheindarlehen gegen Bürgschaft	58 120,15	Summa Passiva	848 934,58
Wechselbarlehen	124,00	Aktiva	852 780,40
Darlehen in laufender Rechnung:		Geschäftsgewinn	3 845,82
1. Bei Banken, Girozentralen u. Postsparkassen	221 297,27	Siezu Rücklagen aus früheren Jahren	5 460,16
2. Bei Privaten	284 130,05	Reinvermögen am 31. Dez. 1927	9 305,98
Einnahmerückstände	27 564,99	Am 31. Dez. 1926 betrug es	5 460,16
Aufwertung	1 940,77	Vermehrung	3 845,82
Kassenvorrat	26 203,81		
Geschäftsanteile und Materialien	2,00		
Summa	852 780,40		

Pfullendorf, den 1. April 1927.
Verwaltungsrat.

Stellenauschreiben.

Secretariatsbeamten

Bei der Zentralverwaltung der Stadt Freiburg im Breisgau ist die neu geschaffene Stelle eines Secretariatsbeamten alsbald zu besetzen. Die Anstellung erfolgt im Beamtenverhältnis mit Einrechnung in Gruppe VII oder VIII der Stadtbefoldungsordnung. Bei Bewählung besteht Beförderungsmöglichkeit nach der für die Secretariats-beamten der Zentralverwaltung getroffenen Regelung. Erstklassige Arbeitskräfte, welche die städtische oder die staatliche Obersekretärprüfung für den gebotenen mittleren Verwaltungsdienst mit gutem Erfolg abgelegt haben, in der Gemeindeverwaltung bereits erfolgreich tätig waren und praktische Erfahrungen besitzen, wollen ihre Bewerbungen bis **15. August d. J.** anher einreichen.

Den Bewerbungsverfahren ist anzuschließen: Ein selbstverfaßter und selbstgeschriebener Lebenslauf, ein Geburtschein, ein auf Grund eines Strafregisteraus-zugs ausgestelltes Neumundzeugnis, der Nachweis der bestandenen Fachprüfung, lückenlose Beschäftigungs- und Führungszeugnisse in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift. Bewerber muß Fertigkeit in einer Kurzschrift besitzen. Der in Aussicht genommene Bewerber hat sich vor der Anstellung einer ärztlichen Untersuchung durch das städtische Gesundheitsamt zu unterziehen.
Freiburg, den 20. Juli 1927.
Der Oberbürgermeister.

Arbeitsvergebung.

Die Neueindeckung des Zinddaches des Amthauses Karlsruhe Karl-Friedrichstraße wird nach den Verordnungen des Finanzmini-steriums vom 27. Juli 1922, 22. Juli 1924 und 12. März 1926 vergeben.

Bei der Stadtkasse Baden-Baden ist die Stelle des Hauptkassiers

alsbald zu besetzen. Die Anstellung erfolgt im Be-amtenverhältnis mit Einrechnung in Gruppe VIII oder IX der Stadtbefoldungsordnung je nach Dienstalter und Eignung.

Nur im öffentlichen Kasfen- und Rechnungswesen durchaus erfahrene Bewerber mit erfolgreicher Tätig-keit auf diesen Gebieten, welche die staatliche Prüfung für den gebotenen mittleren Finanzverwaltungs- oder Rechnungsdienst bestanden haben, wollen ihre Gesuche mit selbstgeschriebenen Lebenslauf und Dienstzeug-nissen unter Angabe der Gehaltsansprüche und des möglichen Zeitpunktes des Dienstintritts bis spätestens **28. d. Mts.** anher einreichen.
Baden-Baden, den 19. Juli 1927.
Stadtkasse.

bersehen bis zum 4. August 1927 an das Bezirks-Bau-amt Karlsruhe einzureichen.

Die Öffnung der Ange-bote findet nicht öffentlich statt.
Zuschlagsfrist 8 Tage.
Karlsruhe, 15. Juli 1927.
Bezirks-Bauamt.

Schreinerarbeiten für das Verwaltungsgebäude der Zolljüterhalle im Grenz-bahnhof Neuenburg a. Rh. ist die Erneuerung der Fußböden (454 m² Flächenpar-tell) nach der Verbindungs-ordnung für Bauleistungen, aufgestellt vom Reichs-verbinderbauamt, öffent-lich zu vergeben. Bedin-gnisheft auf dem Hochbau-büro, Wilhelmstr. 19, zur Einsicht, dort auch Abgabe

